

Mitgliederrundbrief des NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.

Liebe Mitglieder des NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation

Die täglichen Meldungen vom Krieg gegen den Irak drohen im öffentlichen Bewußtsein zu verdrängen, dass hierzulande mit den Veränderungen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine umfangreiche Umwälzung v.a. der Systeme sozialer Sicherung vollzogen wird. Was bedeutet das für Klein- und Kleinunternehmen (KKU)?

Im Juni sollen - rückwirkend ab 01.01.03 - mit dem **Kleinunternehmergesetz** (Small Business Act) steuerrechtliche Vereinfachungen für Kleinunternehmen beschlossen werden, analog zu den Regelungen für Ich-AGs.

Bundesminister Clement hat am 09.04.03 den Umsetzungsfahrplan "**Agenda 2010**" im Bereich Wirtschaft und Arbeit vorgestellt. Darin sind zwei für KKU bedeutende Neuerungen vorgesehen:

- **Neues Handwerksrecht:** Beschränkung des Meistervorbehalts auf "gefahr geneigte" Tätigkeiten, und Erleichterung des Zugangs zur Meisterprüfung. Damit soll das deutsche Handwerksrecht der Entwicklung in der EU angepaßt werden.
- Verbesserung der **finanziellen Basis des Mittelstands:** Die neu gegründete Mittelstandsbank - eine Zusammenlegung von KfW und DtA - soll als neues Produkt Nachrangkapital als eigenkapitalähnliche Finanzierung anbieten.

Schon heute werden Mikrodarlehen bis 25.000 EUR mit 80%iger Haftungsübernahme (durch die DtA) und Darlehen für die Einstellung von Erwerbslosen oder Auszubildenden bis zu 100.000 EUR pro Arbeitsplatz (durch die KfW) bereit gestellt.

Gravierende Einschnitte für ArbeitnehmerInnen und Erwerbslose sind vorgesehen mit der arbeitsrechtlichen Lockerung des Kündigungsschutzes, den umfangreichen Kürzungen des Arbeitslosengeldes und der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Ebenfalls am 09.04.03 hat die **Rürup-Kommission** mit ihren Vorschlägen zur Krankenversicherung zwei Modelle vorgelegt: entweder eine "Erwerbstätigenversicherung", in die auch Selbstständige und FreiberuflerInnen einbezogen werden, oder ein einkommensunabhängiges "Gesundheitsprämienkonzept".

Die Gesamtheit der geplanten Änderungen kann in den Details der Umsetzung und ihren Auswirkungen noch nicht umfassend eingeschätzt werden. Zu befürchten ist eine Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung, die - neben der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit - zu **Nachfrageeinbußen** und Erosionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts führen wird. Gerade KKU sind v.a. auf regionalen Absatz orientiert, sie benötigen regionale Wertschöpfungsketten in einem stabilen sozialen Umfeld als **Standortvoraussetzung**.

Gewarnt werden soll an dieser Stelle davor, allzu leichtfertig die Angebote **kostenloser oder billiger Arbeitskräfte** aus Personal Service Agenturen (PSA) oder betrieblichen Trainingsmaßnahmen des Arbeitsamtes in Anspruch zu nehmen. Dort wird immenser Druck auf Erwerbslose ausgeübt, die möglicherweise sogar gegen ihren Willen zugewiesen werden. Ein kurzfristiger Kostenvorteil kann leicht in umfangreichen Nachbesserungen und Regreßforderungen enden, wenn die Leistungen nicht ordnungsgemäß erbracht wurden.

Langfristig sind KKU nur erfolgreich, wenn sie ihre KundInnen mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen überzeugen. Dafür brauchen sie **qualifizierte und motivierte MitarbeiterInnen**. Auftragsspitzen lassen sich abfangen mit bewährten Kräften aus eigenen **Pools oder in Unternehmensverbänden**. Die Integration von Erwerbslosen sollte angestrebt werden, aber zu Bedingungen, die - zum gegenseitigen Vorteil - den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden.

Der Vorstand des NETZ Bund

Gesetzentwurf
Kleinunternehmer-
förderungsgesetz:

<http://tinyurl.com/97fj>

Umsetzungsfahrplan
Agenda 2010
im Bereich
Wirtschaft und Arbeit:

<http://tinyurl.com/97fo>

www.mittelstandsbank.de

Bericht der
Rürup-Kommission:
<http://tinyurl.com/97ib>

Schwerpunkt: Neue Regelungen am Arbeitsmarkt

Harte Zeiten für soziale Beschäftigungsunternehmen

Kontakt: EQUAL
Entwicklungspartnerschaft
BEST3S e.V.
Wieblinger Weg 81/1
69115 Heidelberg
www.best3s.de

Menschen, die durch die Arbeitsverwaltung "erwartbar als nicht beschäftigungsfähig" eingestuft werden, sollen zukünftig aus dem regulären Arbeitsmarkt aussortiert werden. Statt einer dauerhaften Beschäftigung, wie sie für Langzeitarbeitslose bisher in Beschäftigungsunternehmen möglich war, bietet die Umsetzung der Hartz-Gesetze nur noch eine dauerhafte Form der Sozialhilfe an. Beschäftigungsunternehmen sind davon massiv betroffen, die Zahl der Insolvenzen steigt kontinuierlich. Ende März hatte daher die Werkstatt gGmbH im Rahmen der EQUAL Entwicklungspartnerschaft Best3S (in der das NETZ strategischer Partner ist) nach Heidelberg eingeladen und mehrere Forderungen formuliert:

- Ein "förderrechtliches Moratorium" zur Sicherung sozialer Beschäftigungsunternehmen und der dort vorhandenen Arbeitsplätze.
- Ein "steuerliches Moratorium" zum Erhalt der Gemeinnützigkeit dieser Unternehmen, da die Einrichtung von Dauerarbeitsplätzen für ansonsten chancenlose Langzeitarbeitslose zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit durch die Finanzämter führt.
- Ein individuelles Recht auf Beschäftigung in sozialen Beschäftigungsunternehmen für Menschen, die länger als ein Jahr erwerbslos sind, z.B. durch Einführung eines Beschäftigungsgutscheins.

Berlin: "Runder Tisch der Frauenprojekte" verabschiedet Resolution

Kontakt:
Runder Tisch der
Frauenprojekte, c/o
zukunft im zentrum GmbH
Nori Möding
Tel. 030 - 27 87 33 38
n.moeding@ziz-berlin.de

Am 25.02.03 wurde folgende Resolution zu den Folgen der Umsetzung des Hartz-Konzeptes verabschiedet (Auszug):

"Der Runde Tisch von Trägern von Bildungs-, Beschäftigungs- und Beratungsprojekten von Frauen wendet sich hiermit an die Öffentlichkeit um aufzuzeigen, wie die sogenannten arbeitsmarktpolitischen Reformen durch die Bundesanstalt für Arbeit in negativer Weise die bewährten Strukturen in der beruflichen Weiterbildung, Beschäftigung und Beratung für Frauen beeinflussen und arbeitslose Frauen ganz erheblich benachteiligen. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, auf das kreative und innovative Potenzial von Frauen zu verzichten.

Wir fordern:

- den Erhalt der Förderung von Zielgruppen.
- Ausstattung der Bereiche Bildung und Beschäftigung mit ausreichenden Mitteln.
- Rücknahme des Verzichts der Bundesanstalt für Arbeit (BA) auf den Zuschuss seitens des BMA."

täglich von 7 - 22 h
01805 - 2200
12 Cent/Minute

Telefon-Hotline informiert über "Hartz-Gesetze"

Eine Telefon-Hotline der Bundesanstalt für Arbeit informiert über die neuen Gesetzesregelungen am Arbeitsmarkt (Förderinstrumente, Personal Service Agenturen, Neuregelungen von Zumutbarkeit, Verfügbarkeit, Meldepflichten etc.).

Kurzinformationen

Berlin: Förderung von Genossenschaften

Investitionsbank Berlin
Abt. Strukturförderung
10702 Berlin
www.investitionsbank.de

Die seit 01.04.03 gültige Neufassung der "Richtlinie für die Vergabe von Existenzgründungsdarlehen nach dem Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitischen Rahmenprogramm (ARP)" berücksichtigt erstmals auch Genossenschaften. Bislang konnten Erwerbslose, wenn sie sich selbstständig machen, ein zinsfreies Darlehen in Anspruch nehmen. Nach der neuen Richtlinie wird dieses Darlehen verzinst (mit max. 4%), und kann auch von beschäftigungsorientierten Genossenschaften in Anspruch genommen werden, wenn mindestens 70% der Gründungsmitglieder erwerbslos oder von Erwerbslosigkeit bedroht sind. Zusätzlich können Weiterbildung und Coaching gefördert werden.

Inlandsmesseförderung:
<http://tinyurl.com/96el>

Vermarktungshilfeprogr:
<http://tinyurl.com/96es>

Neue Bundesländer: Vermarktungsförderung des BMWA

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit unterstützt die Vermarktungsbemühungen von KMU aus den neuen Bundesländern mit Zuschüssen zur Beteiligung an Messen im Inland i.H.v. bis zu 120 EUR/qm, max. 4.500 EUR gesamt, für internationale und überregionale Messen auch deutlich mehr. Außenwirtschaftliche Aktivitäten können nach dem Vermarktungshilfeprogramm gefördert werden.

Pflicht zum eindeutigen Rechtsformzusatz ab 01.04.03

Durch das Handelsrechtsreformgesetz wird auch für Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften die Verpflichtung eingeführt, einen eindeutigen Rechtsformzusatz in ihre Firmenbezeichnung aufzunehmen. Für Einzelkaufleute kann dieser Rechtsformzusatz lauten: "Kaufmann"/"Kauffrau", die Abkürzung "e. K." oder ausgeschrieben "eingetragener Kaufmann"/"eingetragene Kauffrau". Personenhandelsgesellschaften dürfen nicht mehr nur mit "Müller & Co." firmieren, wohinter sich sowohl eine OHG als auch eine KG verbergen kann, sondern sie müssen durch den Zusatz deutlich machen, welcher Rechtsform sie konkret unterliegen.

Neuregelung für geringfügig Beschäftigte ab 01.04.03

Personen, die bislang mit einem monatlichen Arbeitsentgelt zwischen 325 und 400 EUR, oder wegen einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 15 Stunden, versicherungspflichtig in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sind, und die nun ab 01.04.03 (Tag des Inkrafttretens der Neuregelung) die Merkmale einer geringfügigen Beschäftigung erfüllen, und die nach dem 31.03.03 nicht die Voraussetzungen für eine Versicherung als Familienangehörige eines Mitglieds einer Krankenkasse erfüllen, bleiben in dieser Beschäftigung versicherungspflichtig. Sie können jedoch innerhalb von drei Monaten die Befreiung von der Versicherungspflicht beantragen.

Bewerbung um den IDEE-Frauen-Förderpreis bis 30.06.03

Der mit 75.000 EUR dotierte Preis ist ausgeschrieben für Existenzgründerinnen und Jungunternehmerinnen, die noch nicht länger als drei Jahre selbstständig sind. Auswahlkriterien sind der Neuigkeitsgrad der Geschäftsidee, der wirtschaftliche Erfolg, das persönliche Engagement und die Anzahl der Arbeitsplätze.

Internet-Portal zur Information über Gütesiegel

Wer bewusst einkaufen will, ist auf glaubwürdige Informationen angewiesen. Über 300 Gütesiegel und Label werben für umweltfreundliche Lacke, ökologisch angebautes Gemüse oder stromsparende Kühlschränke. Einige Label werden von unabhängigen Institutionen vergeben, andere sind eher Werbebotschaften der Anbieter. Die Verbraucher Initiative e.V. bietet gemeinsam mit dem Bundesverband kritischer Verbraucherinnen und Verbraucher eine Datenbank im Internet an, in der die verschiedenen Label beschrieben und bewertet werden.

Termine

06.05.03, München: Seminar zu Rechtsformen

In der Sozialwirtschaft sind unterschiedliche Rechtsformen gebräuchlich. Dieter Harant stellt Vor- und Nachteile von eingetragenen Verein, GmbH, Stiftung, kleiner AG und Genossenschaft vor und gibt nützliche Entscheidungshilfen an die Hand.

15.05.03, München: Lehrgang Vereinsvorstand

Für eine funktionierende Vereinsorganisation sind verbindliche Strukturen und Zuständigkeiten notwendig. Die entsprechenden Kompetenzen bietet der Autor des Buches Vereinspraxis in vier Modulen an: Struktur, Verein als Arbeitgeber, Finanzen, Gemeinnützigkeit und Steuern.

Segmenta
Feldbrunnenstr. 52
20148 Hamburg
Tel.: 040 - 44 11 30 0
Fax: 040 - 45 97 22
info@segmenta.de

www.label-online.de

[www.ibpro.de/bereiche/
Fortbildung/seminarprogramm/
rechtsformen_fuer_npos.php](http://www.ibpro.de/bereiche/Fortbildung/seminarprogramm/rechtsformen_fuer_npos.php)

[www.ibpro.de/bereiche/
Fortbildung/seminarprogramm/
VEREINE.PHP](http://www.ibpro.de/bereiche/Fortbildung/seminarprogramm/VEREINE.PHP)

Stiftung Salecina
CH-7516 Maloja
Tel. 0041 - 81 - 824 32 39
Fax 0041 - 81 - 824 35 75
www.salecina.ch

ÖkoLeA
Hohensteiner Weg 3
15345 Klosterdorf
Tel. 03341 - 359 39 30
info@oekolea.de

Anmeldung bis 30.05.03

www.fb4.fh-frankfurt.de/
veranstaltungen/sozgeno

29.05. - 01.06.03, Salecina (Schweiz): "Konfliktkultur und Entscheidungsstrukturen...

... in kooperativen Organisationen". Die deutsch-italienische Tagung (mit Simultanübersetzung) hat das Ziel, die Bereitschaft für die rechtzeitige Wahrnehmung und Behandlung von Problemfeldern zu steigern, die Sicht auf die Probleme mit den Erfahrungen anderer TeilnehmerInnen zu verbinden, und zu sehen, was sich aus verschiedenartigen Erfahrungen lernen lässt.

31.05.03, Klosterdorf (Brandenburg): Hoffest zum 10jährigen Jubiläum der ÖkoLeA

Seit 1993 leben und arbeiten etwa 18 Erwachsene und 9 Kinder auf dem alten märkischen Hof der "Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft". Anfahrt von Berlin, S-Bhf. Warschauer Straße, bis S-Bhf. Strausberg-Nord (Fahrzeit 50 Min). Von dort fährt ab 14:30h alle 40 Minuten ein Shuttle zur ÖkoLeA.

13.06.03, Frankfurt/Main: "Perspektiven für Sozialgenossenschaften..."

... im Wandel der sozialen Arbeit". Tagung des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften e.V. und des Fachbereich 4 der Fachhochschule Frankfurt. Dauer: 9 - 18h. Gemeinsam mit ExpertInnen aus der Genossenschaftsbewegung und der Sozialen Arbeit, mit VertreterInnen von Trägern sozialer Einrichtungen und aus Politik und Verwaltung soll ausgelotet werden, welche Chancen und Grenzen die Form der Sozialgenossenschaft für die Organisation der Trägerlandschaft und der Selbstorganisation der Betroffenen in den Feldern der Sozialen Arbeit bietet.

Bücher

Hans-H. Münkner: Unternehmen mit sozialer Zielsetzung (Hrsg.: NETZ e.V.)

Gewöhnlich werden unternehmerische Ziele auf der einen und soziale Ziele auf der anderen Seite, wenn nicht gar als Gegensatz, dann doch als etwas begriffen, was wenig miteinander zu tun hat. Rechtliche Rahmenbedingungen von Unternehmen mit sozialer Zielsetzung aus Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland werden vorgestellt und Verbesserungsvorschläge, v.a. zur Änderung des Genossenschaftsrechts, erarbeitet.

AG SPAK Bücher
Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm
Tel. 07308 - 91 92 61
spak-buecher@leibi.de
16,50 € (zzgl. Porto)

Service: Altersvorsorge für Mitglieder des NETZ

oeco-net

Geldanlagen in ausgewählten ökologischen Fonds, deren Zusammensetzung alle zwei Jahre überprüft wird. Drei verschiedene Anlagestrategien mit unterschiedlichem Risiko sind möglich, zusätzlich kann eine leistungsstarke Berufsunfähigkeitsrente abgeschlossen werden.

NETZ Versorgungswerk

Bewährt günstige Konditionen für betriebliche Altersvorsorge und Berufsunfähigkeit.

Impressum:

netz aktuell – Mitgliederrundbrief des NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., ISSN 1610-3564
Hrsg.: NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., Huckarder Str. 10-12, 44147 Dortmund,
info@netz-bund.de

- Büro Baden-Württemberg, Peter Streiff, Hermannstr. 5a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 - 61 55 62 17,
Fax: 0721 - 151 46 47 53, peter.streiff@netz-bund.de

- Büro Berlin, Elisabeth Voß, Postfach 620553, 10795 Berlin, Tel./Fax: 030 - 2 16 91 05, post@elisabeth-voss.de
- Büro Bremen, Gabi Darias, Schildstr. 12-19, 28203 Bremen, Tel.: 0421 - 7 94 90 44, Fax: 0421 - 7 94 90 46
gabi.darias@netz-bund.de

- Büro Hessen, Marlis Cavallaro, Gabelsbergerstr. 32, 60389 Frankfurt/M., Tel.: 069 - 46 34 58,
Fax: 069 - 46 99 78 26, netzhessen@web.de

- Büro NRW, Reiner Gehrke, Grenzstr. 30, 46045 Oberhausen, Tel.: 0208 - 37 71 20, Fax: 0208 - 80 57 24,
info@netz-nrw.de, www.netz-nrw.de

Endredaktion: Peter Streiff, Elisabeth Voß – V.i.S.d.P.: Elisabeth Voß

Die Inhalte dieser Ausgabe wurden sorgfältig und nach bestem Wissen zusammengestellt. Wir übernehmen keinerlei Haftung für Irrtümer oder versehentlich falsche Angaben, und bitten in solchen Fällen um Nachricht.

Fairsicherungsladen
Wiechers GmbH
Bahnhofstr. 1-5
48151 Münster
Fon: 0251 - 3 99 38 - 21
Fax: 0251 - 3 99 38 - 99
www.fairsicherungsladen.de